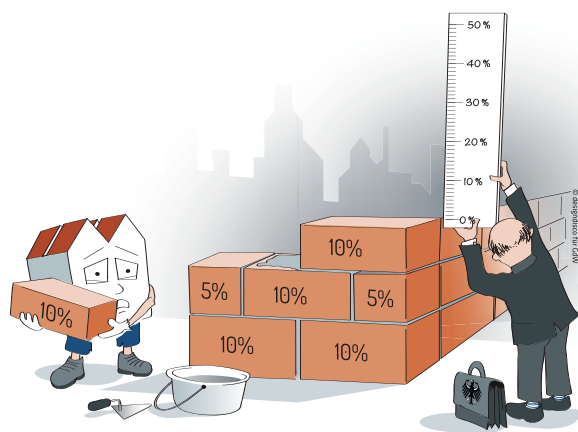


Brennpunkt: Wie weiter mit dem Klimaschutz?

Unterstützung des Gebäudesektors durch ein Klimaschutzprogramm

Worum geht es?

Das BMUB bereitet ein ressortübergreifendes "Aktionsprogramm Klimaschutz 2020" vor und hat dazu erste Eckpunkte vorgelegt. Handlungsfelder sollen alle Sektoren sein, vor allem aber die Energiewirtschaft, die Industrie, die Gebäude und der Verkehr.



Was soll dadurch erreicht werden?

Das Aktionsprogramm soll noch im Jahr 2014 Maßnahmen festlegen, die zu einer verstärkten Reduktion von Treibhausgasen führen. Deutschland hat international bis 2020 eine Minderung des Ausstoßes von Klimagasen um 40 % gegenüber 1990 zugesagt, derzeit wird aber nur eine Reduktion um 33 % prognostiziert. Die Lücke von 7 % soll mit zusätzlichen Maßnahmen geschlossen werden. Für den Gebäudesektor werden große zusätzliche Treibhausgas-Minderungspotenziale gesehen, die kurzfristig erschlossen werden sollen.

Was hat die Wohnungswirtschaft bereits erreicht?

Bereits seit Anfang der 1980er-Jahre setzen die GdW-Wohnungsunternehmen erfolgreich Maßnahmen zur Energieeinsparung und Steigerung der Energieeffizienz um. Sie beteiligen sich aktiv an Forschungsprojekten sowie an vielfältigen Pilot- und Modellvorhaben und haben sich so eine exzellente Kompetenz im Bereich Energieeinsparung und Klimaschutz erarbeitet. Von 1990 bis 2005 haben sich die CO₂-Emissionen im von den GdW-Wohnungsunternehmen bewirtschafteten Bestand mehr als halbiert, bis 2020 prognostiziert der GdW eine Minderung um 66 % gegenüber 1990. Von 1992 bis 2012 wurden 174 Mrd. EUR in den Gebäudebestand investiert. In den neuen Bundesländern sind die investiven Einsparpotenziale aufgrund der flächendeckenden Modernisierungsleistungen sowohl

technisch als auch finanziell vorerst im Wesentlichen ausgeschöpft.

Wie kann es weitergehen?

Zukünftige Klimaschutz- und Effizienzmaßnahmen benötigen neue intelligente Lösungen. Die bisherigen Konzepte, die auf immer höhere energetische Standards gesetzt haben, sind angesichts der wirtschaftlichen und sozialen Fragen an ihre Grenzen gestoßen. Auch das Energiekonzept der Bundesregierung stellte im September 2010 fest, dass wir im Hinblick auf die wirtschaftlichen Belastungen der Eigentümer (und damit auch der Mieter) mit einem "Weiter so" im bisherigen Instrumentenmix nicht vorankommen. Wichtig ist, dass die prognostizierten Einsparungen in der Wohnungswirtschaft erreicht werden. Dazu sind vor allem stabile Rahmenbedingungen nötig. Höhere als die prognostizierten Einsparungen können durch eine Dekarbonisierung von Energieträgern (z. B. CO₂-freie Fernwärme) erreicht werden und wenn es gelingt, mehr Gebäude energetisch zu modernisieren. Die Wohnungswirtschaft benötigt dafür nicht etwa mehr ordnungsrechtliche Vorgaben, sondern eine verlässliche Unterstützung zur Umsetzung der Ziele.

Übrigens:

Das sagt die GdW-Energieexpertin Ingrid Vogler:

"Selbstverständlich muss alles wirtschaftlich Tragbare und sozial Umsetzbare für die Gebäudeeffizienz getan werden, denn die Stabilisierung der Brutto-Wohnkosten ist ein wichtiges Ziel der Gebäudebewirtschaftung. Moderner Klimaschutz muss aber weit über Energieeffizienzmaßnahmen hinausgehen, wenn er erfolgreich sein und die gesetzten Ziele erreichen soll. Die Handlungsfelder müssen in eine ganzheitliche Betrachtung eingebettet und der Blick erweitert werden: über das Gebäude hinaus auf das Quartier, über den Wärmeverbrauch hinaus auf den Stromverbrauch, über Deutschland hinaus in ein globales Denken und über Klimaschutz hinaus auf die Klimaanpassung. Die GdW-Energiestrategie setzt sich damit ausführlich auseinander. Das geplante Klimaschutzprogramm kann diese wohnungswirtschaftlichen Erfahrungen nutzen."

Fazit:

Der GdW legt Wert darauf, das Basisjahr 1990, welches in bisher allen Klimaschutzkonzepten der Bundesregierung als generelle Grundlage dient, auch im Gebäudesektor weiter beizubehalten. Die bereits getätigten Investitionen dürfen nicht durch Neudefinitionen von Bezugsjahren entwertet werden. Seit 1990 wurden in den Beständen der Wohnungswirtschaft CO₂-Minderungen von über 50 % erreicht. Zukünftige Minderungen der CO₂-Emissionen im Gebäudesektor sind zunehmend schwerer zu realisieren. Der Gebäudesektor braucht dafür die maximal mögliche Unterstützung. Das geplante Aktionsprogramm Klimaschutz kann diese geben.

Vorschläge zur Unterstützung des Gebäudesektors für den weiteren Klimaschutz:

Geringinvestive CO₂-Minderungen in der Breite unterstützen:

- "Maßnahmen zur Sicherstellung des energieeffizienten Betriebs" in die Betriebskostenverordnung aufnehmen
- Anlagenoptimierung in einem KfW-Programm wieder mit Zuschüssen unterstützen
- Eine Dekarbonisierung leitungsgebundener Energien vorantreiben (z.B. Erdwärmenutzung für Wärmenetze und power to district heating)

Umfassende Maßnahmen unterstützen:

- Förderung der energetischen Gebäudesanierung und der energetischen Stadtsanierung langfristig auf heutigem Niveau sichern (Vorschlag: über mind. 10 Jahre), ggf. zeitweise aufstocken
- Reduzierte MWSt auf Arbeitsleistungen für energiesparende Maßnahmen
- Einzeleigentümer motivieren, u.a. durch steuerliche Förderung
- Einbindung bestehender Gebäude in integrierte Quartierskonzepte als gleichwertig zur EnEV akzeptieren
- Kompensation von Neubauanforderungen durch Bestandsmodernisierung zulassen
- Keine getrennten Einzelziele für Energieeffizienz und erneuerbare Energien: EEWärmeG als Fördergesetz erhalten und fachliche Inhalte in das EnEG überführen und in der EnEV umsetzen
- Neue Zielgrößen für die EnEV erarbeiten: CO₂ und Endenergie statt Primärenergie und Transmissionswärmeverlust
- Tatsächlichen Energieverbrauch und tatsächlich erreichte Energieeinsparungen in Prognosen und Konzepten berücksichtigen
- Konzentration von Forschungsmitteln auf größere Energieeinsparungen und CO₂-Minderungen zu geringeren Investitionen als heute

Konzepte unterstützen, die Strom und Wärme im Gebäudesektor und im Quartier zusammendenken

- Wohnungsunternehmen, die die erweiterte Gewerbesteuerkürzung erhalten, nicht an der dezentralen Erzeugung von Mieterstrom hindern
- Beim Strommarktdesign die dezentrale Erzeugung von Mieterstrom immer berücksichtigen, z.B. im EEG Mietereigenstrom wie Eigenverbrauch behandeln
- Power to heat Konzepte entwickeln
- Transparenz unterstützen
- "effektiven Energiepreis" einführen (analog zu "effektivem Jahreszins" nach PAngV)

Weitere Informationen finden sich in folgenden Publikationen des GdW, die auf web.gdw.de/energie-und-klimaschutz zum Download bereit stehen:

Strategie der Wohnungswirtschaft zur Umsetzung der Energiewende



GdW Energieprognose 2050 – "Sanierungsfahrplan" entsprechend Energiekonzept der Bundesregierung für die durch GdW-Unternehmen bewirtschafteten Bestände



GdW-Vorschlag für eine Entlastung von Mietern im EEG



Die Wohnungswirtschaft

Die Wohnungsunternehmen im GdW geben über 13 Millionen Menschen in ganz Deutschland ein Zuhause.

Das sind unsere Argumente, was sagen Sie dazu?

Kontakt:

GdW
Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V.

Mecklenburgische Straße 57
14197 Berlin
Telefon: +49 30 82403-0
Telefax: +49 30 82403-199
mail@gdw.de

Brüsseler Büro des GdW
3, rue du Luxembourg
1000 Bruxelles

© GdW, Mai 2014

weitere Informationen im Web:
gdw.de

 youtube.com/GdWBundesverband

 xing.com/net/wohnprofis

 twitter.com/GdWWohnen